

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Peter Meiwald, Friedrich Ostendorff, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden, Britta Haßelmann, Matthias Gastel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Wassernutzung und Wasserrisiko in Deutschland**

Deutschland ist reich an Wasserressourcen. Eine umfassende deutsche Wasserbilanz wurde im Jahr 2014 mit der Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt. Doch neben dem Klimawandel belasten chemische Rückstände, Schwermetalle und Nährstoffe die Qualität der Gewässer. Diese Belastungen stellen für die Zukunft eine große Herausforderung für die Verfügbarkeit von nutzbarem Wasser dar. Neben den Privathaushalten und der Landwirtschaft benötigt insbesondere die Industrie große Mengen an nutzbarem Wasser.

Vor diesem Hintergrund stellte das Weltwirtschaftsforum in Davos im Jahr 2015 veröffentlichten zehnten Risikobericht die globale Wasserkrise auf den ersten Platz der Wirtschaftsrisiken ([www3.weforum.org/docs/WEF\\_Global\\_Risks\\_2015\\_Report15.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_2015_Report15.pdf)). Denn viele Güter benötigen bei der Herstellung große Mengen an nutzbarem Süßwasser. Doch Wasser kann nicht „hergestellt“ werden. Es gibt kein neues Wasser, alles was wir haben, ist schon auf unserer Erde. Ein sparsamer und schonender Umgang mit den Wasserressourcen ist deshalb unabdingbar, um auch für die Zukunft einen zuverlässigen und preisgünstigen Zugang zu nutzbarem Wasser für private Haushalte, Industrie und Landwirtschaft zu gewährleisten.

Neben der Wasserverschmutzung stellt auch die Verschwendung von nutzbarem Wasser ein großes Problem dar. Insbesondere, wenn die Nutzer nicht angemessen zu den Kosten der Zurverfügungstellung von Wasser herangezogen werden, steigt die Verschwendung. Auch deshalb stellt die Europäische Union in der Richtlinie 2000/60/EG (Wasserrahmenrichtlinie-WRRRL) klar, dass in der Regel die Wassernutzung mit Kosten verbunden ist, die vom Nutzer zu tragen sind. Eine komplette oder teilweise Befreiung ist kontraproduktiv für den schonenden Umgang mit Wasser und darüber hinaus auch ungerecht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Mengen an Wasser werden nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich in Deutschland genutzt (bitte nach Industrie, Landwirtschaft – untergliedert in die Bereiche Tierhaltung, Pflanzenanbau und Gemüseanbau – und Privathaushalte aufgliedern)?
2. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Einsparpotentiale der in Frage 2 genannten Sektoren?

3. Welchen Anteil an der industriellen Nutzung hat die Energieerzeugung (bitte nach Erzeugungsart aufschlüsseln), und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Einsparpotentiale?
4. Aus welchen Quellen wird nach Kenntnis der Bundesregierung das in Deutschland genutzte Wasser gewonnen (bitte nach Anteilen aufschlüsseln)?
5. In welchen Gebieten Deutschlands wird, nach Kenntnis der Bundesregierung, das Grundwasser schneller genutzt, als es wieder neu gebildet wird?
6. Welchen Anteil an der Landesfläche machen diese Gebiete nach Kenntnis der Bundesregierung aus (bitte nach Bundesländer und Anteil der Landesfläche aufschlüsseln)?
7. Mit welchen Veränderungen hinsichtlich der Verfügbarkeit von Wasser rechnet die Bundesregierung angesichts der Klimakrise, und welche Regionen in Deutschland sind besonders betroffen?
8. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung, die durchschnittlichen Kosten der Wassernutzung für Industrie, Landwirtschaft und Privathaushalte?
9. Wie war nach Kenntnis der Bundesregierung die Entwicklung der Preise für die drei Nutzergruppen in den vergangenen 25 Jahren?
10. Sind die aktuellen Wasserkosten aus Sicht der Bundesregierung ausreichend, um einen sparsamen Umgang mit Wasser anzureizen, und sind die externen Umweltkosten, die mit der Entnahme von Wasser verbunden sind ausreichend internalisiert?
11. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Wasserkosten und Wasserpreise für die Industrie, die Landwirtschaft und private Haushalte in der Europäischen Union?
12. Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet die Bundesregierung bis zum Jahr 2050 für die Trinkwasseraufbereitung infolge der Belastungen der Wasservorräte mit Nitraten, Sulfaten, Medikamenten- und Pestizidrückständen?
13. Mit welcher Preisentwicklung für Wasser rechnet die Bundesregierung bis zum Jahr 2050?
14. Wie stark werden sich nach Kenntnis der Bundesregierung der industrielle, der landwirtschaftliche und der private Wasserverbrauch bis zum Jahr 2050 steigern?
15. Wie wird sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Wasserverfügbarkeit für Industrie, Landwirtschaft und Privathaushalte bis zum Jahr 2050 in Deutschland entwickeln?
16. Wie hat und wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Wasserqualität die vorhandene Frischwasserverfügbarkeit bis zum Jahr 2050 beeinflusst bzw. beeinflussen?
17. Welches Geschäftsrisiko ergibt sich daraus nach Kenntnis der Bundesregierung für die deutschen Unternehmen (bitte nach Branchen aufgliedern)?
18. Hat die Bundesregierung eine umfassende Analyse des Wasserrisikos auch in Hinblick auf die Gefahren für die deutsche Industrie und Landwirtschaft bisher vorgenommen?  
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?  
Falls nein, warum nicht?
19. Unterstützt die Bundesregierung Initiativen und Projekte zum Wassersparen in der Industrie, Landwirtschaft oder privaten Haushalten, und wenn ja, wie?

20. Inwieweit trägt die Bundesregierung dem Wassersparen dadurch Rechnung, dass sie Initiativen für angepasste Abwassersysteme ergreift und unterstützt, und wenn ja, welche, und in welcher Höhe?
21. Erachtet die Bundesregierung die Nutzung von Regenwasser, Grauwasser oder Schwarzwasser als sinnvoll, und wie, und in welcher Höhe unterstützt sie ggf. solche Verfahren und Ansätze?
22. Wie bewertet die Bundesregierung Verlautbarungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft zum Weltwassertag 2017, wonach „eine Wiederverwendung von Grauwasser Rückschritt ins Mittelalter wäre“ (vgl. [www.bdew.de/internet.nsf/id/20170322-pi-wiederverwendung-von-grauwasser-waere-rueckschritt-ins-mittelalter-de?open&ccm=900010020010](http://www.bdew.de/internet.nsf/id/20170322-pi-wiederverwendung-von-grauwasser-waere-rueckschritt-ins-mittelalter-de?open&ccm=900010020010))?
23. Inwieweit lässt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Wasserverbrauch insbesondere für die Industrie senken, und welche Maßnahmen zur Unterstützung stellt die Bundesregierung hierfür zur Verfügung?
24. Inwieweit lässt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Wasserverbrauch in der Landwirtschaft senken, und welche Maßnahmen zur Unterstützung stellt die Bundesregierung hierfür zur Verfügung?
25. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die, jeweils mit und ohne Unterstützung der Bundesregierung, in der Industrie, in der Landwirtschaft und in den Privathaushalten, bisher gewonnenen Einsparleistungen (bitte pro Sektor und Jahr angeben)?
26. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die jährlichen Wasserverluste zum Beispiel durch Leckagen oder nicht notwendige oder falsche Bewässerung (bitte nach Industrie, Landwirtschaft und privaten Haushalten aufgliedern)?

Berlin, den 16. Mai 2017

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

